



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 18.03.09

Hagedorn: CDU-Fraktion blockiert Einigung mit den Ländern zur ARGE – SPD setzt Verlängerung der Arbeitsverträge bis Ende 2010 durch

Im Email-Anhang finden Sie ein Foto zur freien Verwendung

Die seit vier Jahren erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunen und Arbeitsagenturen bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen droht an der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu scheitern: in ihrer gestrigen Sitzung lehnten die Unionspolitiker den zuvor von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) im engen Schulterschluss mit den Ministerpräsidenten erarbeiteten Gesetzentwurf zur Absicherung der Argen grundsätzlich ab. SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn: "Das ist das AUS für die auch von den Ländern und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund dringend gewünschte Verfassungsänderung, die allein den über 60.000 Mitarbeitern in 370 ARGE n und 69 Optionskommunen bundesweit langfristige Sicherheit über ihre künftige Arbeitsweise zur Unterstützung der über 6,6 Millionen Arbeitslosengeld-II-Empfänger geben könnte. Mit dieser parteitaktischen Entscheidung der CDU/CSU bleibt auch die Hoffnung der ca. 150 Mitarbeitern in den fünf Job- und Leistungszentren der Arge in Ostholstein unerfüllt, die seit dem Verfassungsgerichtsurteil von 2007 um ihre Zukunft bangen und noch vor der Bundestagswahl auf eine klare Linie der großen Koalition im Bundestag gehofft hatten. Damit trägt die Union in unverantwortlicher Weise den parteiinternen Streit zwischen CDU-Bundestagsfraktion und CDU-Ministerpräsidenten in der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten auf dem Rücken der Arge-Beschäftigten aus."

Und dennoch gibt es einen Lichtblick für die ARGE-Mitarbeiter in Ostholstein, deren Vertrag mit der Bundesagentur für Arbeit regulär Ende 2009 endet: Wie Hagedorn vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Klaus Brandner (SPD) erfuhr, hat Minister Olaf Scholz (SPD) angesichts der Blockade der Union heute entschieden, dass die bis

Ende 2009 befristeten Arbeitsverträge der Arge-Mitarbeiter in bundesweit 56 ARGEen nun bis zum 31.12.2010 verlängert werden, um den Beschäftigten über die Bundestagswahl hinaus eine verlässliche berufliche Perspektive zu geben. Genau diesen Wunsch hatten die ARGE-Mitarbeiter am 8. Januar 2009 in Eutin zum Ausdruck gebracht, als Klaus Brandner auf Einladung von Bettina Hagedorn zu Gesprächen zur Zukunft der ARGE Gast in Ostholstein war. Hagedorn: „Klaus Brandner und ich haben uns in Berlin beide vorrangig für eine schnelle verfassungsrechtliche Absicherung der Kooperation von Kommunen und Agenturen für Arbeit eingesetzt, denn nur so kann das auch in Ostholstein bewährte Modell der Zusammenarbeit auf Dauer gefestigt und der seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Ende 2007 unhaltbare "Schwebezustand" für die Mitarbeiter dauerhaft beendet werden. Angesichts der Unionsblockade und der damit verbundenen ‚Hängepartie‘ ist jetzt aber die Vertragsverlängerung bis Ende 2010 im Sinne der Mitarbeiter alternativlos. Ich bin froh sagen zu können: Versprochen – gehalten!“

Zum Hintergrund: Arbeitsminister Scholz stellte vor einem Jahr als Reaktion auf das Verfassungsgerichtsurteil zunächst den Gesetzesvorschlag „Kooperatives Jobcenter“ vor, der OHNE Verfassungsänderung ausgekommen wäre, aber von der CDU/CSU in Bund und Ländern heftig kritisiert wurde. Daraufhin beauftragte die Kanzlerin Olaf Scholz zusammen mit den Ministerpräsidenten einen neuen Vorschlag einvernehmlich mit den Ländern zu erarbeiten. Und genau der liegt jetzt vor: ALLE Arbeits- und Sozialminister der Länder und ALLE Ministerpräsidenten haben ihm zugestimmt ... und die SPD einmütig auch. Danach sollte das Grundgesetz um einen Artikel 86a ergänzt werden, nach dem gemeinsame Einrichtungen zur Erfüllung von Aufgaben auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitssuchende als ‚Zentren für Arbeit und Grundsicherung‘ (ZAG) geschaffen werden können. Diese Zentren sollten die Rechtsform von 'Anstalten des öffentlichen Rechts' haben, weil nur so künftig ein gemeinsamer Personalkörper aus ehemaligen kommunalen und BA-Beschäftigten gebildet werden kann – eine ausdrückliche Vorgabe der Ministerpräsidenten. Dieser ausgewogene Vorschlag wird vom Städte- und Gemeindetag unterstützt und ist ein ausgefeilter Kompromiss, der nun aber leichtfertig von der CDU ‚gekippt‘ worden ist. Hagedorn: „Die getrennte Aufgabenwahrnehmung von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen ab 2011, die OHNE Verfassungsänderung die Konsequenz aus dem Gerichtsurteil des Bundesverfassungsgerichtes ist, wird die Integration der Langzeitarbeitslosen

in den ersten Arbeitsmarkt und deren Qualifizierung zusätzlich erheblich erschweren. Die Bundesagentur für Arbeit wäre dann für die Vermittlung in Arbeit zuständig, während die Kommunen für die Bewilligung und Auszahlung der Kosten von Wohnung und Heizung und für Gewährung notwendiger sozialer Hilfeleistungen verantwortlich zeichneten. Die derzeit 6,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die Anspruch Grundsicherungsleistungen in Anspruch nehmen, müssten zu zwei Behörden, müssten zweimal Anträge stellen, ihre Akten müssten zweimal geführt werden, sie bekämen zweimal Bescheide. Das wäre ein Wahnsinn! Gerade angesichts wieder steigender Arbeitslosenzahlen brauchen wir dringend eine funktionierende Betreuung und Vermittlung von Arbeitssuchenden, die am ehesten durch das gut qualifizierte und eingearbeitete Personal vor Ort gewährleistet wird. Daher bin ich sehr froh, dass es auf Initiative von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) und Klaus Brandner nun zumindest gelungen ist, die Verträge bis Ende 2010 zu sichern."

Foto: Bettina Hagedorn gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Klaus Brandner (5. v. l.) am 8. Januar 2009 beim Besuch der Arge Ostholstein in Eutin.